

«Gegner haben auf Verunsicherung gemacht»

Keine Gemeinde müsse den Finanzausgleich fürchten, sagt Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner nach dem klaren Ja zur Vorlage. Man könne das System flexibel anpassen.

Mit Regierungsrätin Barbara Janom Steiner sprach Reto Furter

Frau Regierungsrätin, zwei Drittel der Bündner sagen Ja zu Ihrem neuen Finanzausgleich. Châpeau!

Barbara Janom Steiner: Ich bin sehr erleichtert, bei komplexen Finanzvorlagen erwartet man eigentlich nicht unbedingt, dass ihnen so klar zugestimmt wird.

Der Gegenwind war ziemlich steif in den letzten Wochen. Aus dem Oberengadin, aus Teilen des Prättigaus, aus der SVP.

Der Gegenwind kam von den finanzstarken Gemeinden im Oberengadin, von den finanzschwachen Gemeinden, die Sonderprivilegien verlieren werden, und dann noch von einigen Wasserzinsgemeinden. Die haben die Vorlage jetzt auch abgelehnt.

Die steife Brise wurde zum Lüftchen.

Eine derart deutliche Zustimmung zur Vorlage hätte ich auch nicht erwartet, die Argumentation der Gegner war sehr populär formuliert.

Die Mehrheit der Gemeinden verliere, hiess es.

Und genau das stimmt eben nicht. Die Gegner haben einfach auf Verunsicherung gemacht.

Die Vorlage krankte daran, dass sie – von Ihrem Departement abgesehen – niemand versteht.

Das würde ich so nicht behaupten.

.... Sie verstehen sie auch nicht?

Doch, doch, wir verstehen sie schon. Der Grosse Rat hat die Vorlage auch verstanden, die Gemeinden auch.

Aber die Gemeinden haben die Vorlage ganz unterschiedlich interpretiert.

Die Interpretationen waren weit gefasst, ja. Aber die Gemeindevertreter haben die Botschaft gut an ihre Bevölkerung gebracht.

Und jenen, die in Zukunft mehr zahlen, denen sagen Sie jetzt, das sei halt gelebte Solidarität?

Keine Gemeinde in Graubünden muss den Finanzausgleich fürchten. Man kann das neue System flexibel anpassen, man kann Korrekturen vornehmen, wenn Schieflagen auftreten sollten. Die starken Gemeinden zah-



«Erleichtert»: Barbara Janom Steiner überzeugt die Bündner. Bild Theo Gstöhl

len moderate Beiträge, die schwachen, die Privilegien verlieren, werden nach wie vor unterstützt werden.

Ein, zwei Glas Champagner dürften jetzt drinliegen – und dann kommen Graubünden und der nationale Finanzausgleich wieder unter Druck. Zum Beispiel aus Zürich.

Da warten wir auf das Parlament in Bern. Zuerst wird sich der Ständerat mit der Vorlage befassen.

«Derart deutlich nicht erwartet»

Dort haben die Nehmerkantone die Mehrheit.

Wir gehen davon aus, dass die Nehmerkantone im Ständerat eine starke Position haben werden. Im Nationalrat liegen die Stärkeverhältnisse aber anders.

Zürich hat den Tarif bekannt gegeben mit dem Widerstand gegen die Burn-out-Klinik in Susch.

Zürich und die übrigen Geber haben Präsenz markiert, das ist richtig. Die Nehmerkantone wiederum haben sich auf eine einheitliche Haltung festlegen können. Das war ein grosser Schritt.

Sie reden ja seit Jahren von den dunklen Wolken am Horizont. Wenn die kommen, nützt der schönste kantonale Finanzausgleich nicht mehr viel. Es wird weniger auszugleichen geben, weil Sie weniger in der Tasche haben werden.

Für den kantonalen Finanzausgleich werden wir einige Jahre lang genügend Finanzen zur Verfügung haben.

Wir haben dazu vor Jahren schon das Dotationskapital der GKB als Reserve für den Finanzausgleich und für die Gemeindereform hinterlegt. In diesem Topf liegen noch immer rund 176 Millionen Franken. In den kommenden Jahren können wir den Finanzausgleich im Kanton ohne Steuererhöhung finanzieren.

«Topf wird nicht immer leerer»

Irgendwann wird dieser Topf leer sein. Ihr Nachfolger, Ihre Nachfolgerin im Amt wird sich dann freuen.

Nein, denn die Gemeinden werden durch das neue System auch gestärkt, sie erhalten mehr Autonomie, sie können Potenzial generieren. Der Topf wird also nicht immer leerer werden.

Im November steht das Referendum gegen Ihre Gebietsreform an. Kein leichter Lauf, schon wieder nicht.

Nein, sicher nicht. Die Hauptfrage wird allerdings eine rein technische Frage darüber sein, wie sich die Regionen in Zukunft selbst organisieren. Die Interessen gehen auseinander, natürlich, es gibt viele Angriffspunkte. Unser System ist aber einfach, wir wollen einfache Strukturen, starke Gemeinden und Regionen, die keine neue Staatsebene bilden.

Was, wenn die Stimmberechtigten Nein sagen Ende November?

Die Bildung der elf Regionen ist beschlossene Sache, es geht nur um die innere Organisation. Wird die Vorlage im November abgelehnt, kommen wir sehr rasch mit einer neuen Vorlage.